

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 8407

Nr. 155

Abgabepreis: Monatlich 175 Mk. frei Haus. Bei
Abnahme 1,60 Mk. Bei den Sozialisten monatlich
5,25 Mk. ohne Beleggeld. Einzelnummer 15 Pfennig

Halle, Freitag, den 11. Juli 1919

Anzeigenpreis: Die halboffene Millimeter-Zeile
20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig.
— Schluß der Anzeigen-Nahme vermittels 10 Uhr.

3. Jahrgang

Die Faust weg von der Gurgel.

Halle, den 11. Juli 1919.

Gestern schon schrieben wir, daß nach der Ratifi-
kation des Friedensvertrages in den
nächsten Tagen die Blockade aufgehoben werden
wird. Zur Stunde ist der Tag der Aufhebung noch
nicht bekannt, aber gewiß noch vor nächster Woche
wird sich die harte Faust lösen, die wir fünf Jahre an
der Gurgel unseres Wirtschaftslebens gefügt haben.
Wie bei dieser Gelegenheit mit großer Sicherheit zu
erwarten ist, daß die harte Faust von der Gurgel
in den nächsten Monaten werden gehen, was uns helfen kann.
Eine Katastrophe, die wir schon längere Zeit befürchten
konnten, wird nun noch stärker in Erscheinung treten:
Das Überfluten der deutschen Märkte
mit fremdländischen Erzeugnissen. Es
mehren sich bereits die Anzeichen, daß damit auch ein
erbitterter Konkurrenzkampf zwischen England und
Amerika um den deutschen Markt entbrennen wird. Die
Kampfe in England über den früherigen amerikanischen
Konkurrenzen ist im ständigen Wachsen. Der Streit
über „Sieger“ geht uns gewiß nicht allzu nahe. Mit der

Warenüberflutung Deutschlands

tritt zugleich eine Gefahr an Tage, die wir von Anfang
an nicht unterschätzen dürfen. Ein großer Teil der
eingeführten Waren wird in Dingen bestehen, die unsere
Wohlhabenden zwar mit großer Freude begrüßen
werden, die aber doch nicht zu den Dingen gehören,
welche die große Masse des Volkes am dringlichsten
braucht. Die hohen Preise, die für solche Luxusgegen-
stände ausgeschrieben werden und ins Ausland gehen,
schwächen ungenügend den deutschen Geldmarkt. Hier-
mit das Reichswirtschaftsministerium direktstarke ein-
greifen. Es schadet gar nichts, wenn die Preise, denen
es unterliegt, sich erhöhen, wenn diese Erzeug-
nisse noch ein wenig zurückstellen müssen. Der
Wohlstand der Aufhebung der Blockade ist schon dann für
uns erreicht, wenn wir unser Volk dadurch vor der
schlimmsten Not bewahrt wissen. Die notwendigen
Richtlinien für den Lebensmittellieferung stellt sich
eine hohe Delegation unserer wirtschaftlichen
Kraft dar, daß jedes Zugeländnis an den Zusat-
bedarf Raubwaren Schlimmer Art freigegeben ist.

Die Ententekauf wird aber doch mit der Blockade-
aufhebung von der Gurgel des deutschen Volkes gelöst.
Trotzdem aber kann das deutsche Volk seines Lebens
noch nicht froh werden. Feinde des Volkes greifen
immer wieder mit frecher Faust nach unserer Gurgel.
Sie wollen mit der

Italienblockade das Werk der Entente fortsetzen

und unser Volk vernichten. Die fortwährenden Streiks,
vor allem die Werksstreiks, bei denen von
Wemitteln, Lohnminderungen, Zwangsarbeiten
welcher Arbeiter- und Beamtengruppen zu politischen
Machenschaften und harten Schlägen gegen das Volk und
vor allem gegen die Fernisten ausgenutzt werden, drohen
unserem Volke die Luft abzuschnüren.

Zu einer Eisenbahnerverammlung ist bei dem
letzten Streik in Berlin das folgende Wort gepredigt
worden, daß die Eisenbahner und überhaupt diejenigen
Arbeitergruppen in erster Linie streiken müßten, welche
die Hand an der Gurgel des Staates
haben. Welcher Staat kann es wohl vertragen, wenn
ihm dauernd das Wasser von unten an die Kehle ge-
legt ist, die gänzlich unerschöpflichen von Lei-
denhaftig beherzigen, halbtoten, zum
Teil direkt unzurechnungsfähigen Füh-
rern (in dem Prozeß gegen Badler, Müßham und Gen.
in München werden die Taten der „Volkshüter“ klar
gezeigt) nachlassen? Wem vergeht da nicht der
Spaß, wenn ihm ein Mann seine Kehle umlammt,
der seine Redensarten nicht zu meistern vermag?
Die unabhängige „Freiheit“ hat anlässlich des Wob-
prozesses Klüber geschrieben, die Massen seien
durch vierzigjährigen Krieg und Hunger so
entwertet, daß sie

Ihre Redensarten nicht mehr zählen können.

Mag sein, aber sind solche Leute dann die Führer, die
man dauernd mit einem Messer an der Kehle
des Staates herumfucheln lassen darf!

Solche Leute, die nebenbei faktisch erklären,
auf ein paar Säuglingsleichen mehr oder
weniger käme es nicht an, machen sich natürlich kein
Gewissen daraus, bei der ersten Gelegenheit zu
schreien. Die Leichen finden sie sogar ein schändliches
Begräbnis bedürftig. Ist doch schon, ausgeführt
werden. Stellen doch schon die Säuglings-
leichen die Tote, weil infolge der milden Eisen-
bahnerstreiks, von denen immer mehr gestreikt, daß sie
von politischen Gegnern gefürchtet werden, die Lebens-

mittelzufuhr ins Stocken gerät. Wie von
allerberühmter Seite mitgeteilt wird, machen sich die
Folgen des Streiks in der Lebensmittelversorgung
schon deutlich sichtbar. Tausende von Wagen mit
Lebensmitteln sind von den Streikenden aufgehalten
worden. Die erste Folge davon ist ein scharfes An-
steigen der Preise für eine Reihe von Lebensmitteln;
dodurch sind die Maßnahmen und die Besuche der Re-
gierung zur Senkung der Lebensmittelpreise zum
Teil wirkungslos gemacht worden. Eine Reihe
von Fischelungen, Gemüse und Obst ist
verdorben. Außer dem großen finanziellen Schaden
sind dadurch große Mengen von Lebensmitteln der Be-
völkerung entzogen worden, ein Verbrechen am
Volke, das nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann.
Das ist schon ein kaffäiger Schnitt in die
Gurgel des Staates, ein Schnitt aber, der Prole-
tarierblut fließen macht. Im Interesse von
Millionen und aber Millionen ruhen wir:

„Hand weg von der Gurgel des Staates!“

Wer an einer Stelle steht, von deren Funktionen
das Schicksal unzähliger abhängt, der hat die moralische
Pflicht gegenüber der Gesamtheit, nur der Stimme
der stärksten Benutzung und der ruhigsten
Einsicht zu folgen. Aufgestaute Leidenschaft darf
da nicht entscheiden, wo es sich um das Geschick der
Gesamtheit handelt. Sonst wird die Hand an der Kehle
des Staates zur Gurgel selbst. Wer es
daß darf nicht sein. Wer so wollen Leben,
darum muß auch die Hand nicht locken aufgehoben
werden, muß auch die Faust der „wahren Führer und

Volkstreunde“ von der Gurgel weg. Die Vorbereitung
dafür, daß die Aufhebung der Entente bloß da-
dauernd für uns von Wert sein kann, ist die, daß
in Deutschland so viel wie möglich gearbeitet wird.
Das braucht nicht eine Erhöhung der Arbeitszeit zu
bedeuten, wohl aber eine Steigerung der
Arbeitsleistung, Ausnutzung der technischen
Mittel so weit als möglich, vor allem aber die
Bereitwilligkeit zu den Erfindungen unserer
Wirtschaftslebens, wie sie allerdings seit der
Revolution kaum abgerufen haben. Darin liegt die
einzige Möglichkeit für die Arbeiter-
schaft, ihre Lebenshaltung zu verbessern.
Je allgemeiner das eingesehen wird, desto zuversicht-
licher können wir hoffen, wieder empor zu kommen.
Nur eine Arbeiterkraft, deren Lebenshaltung eine gute
ist, kann sich den Aufgaben, die ihr vorbehalten sind,
gewachsen fühlen. Das ein verelendetes Proletariat
zu schaffen vermag, sehen wir an dem traurigen russi-
schen Beispiel. In der Arbeitsleistung der
nächsten Monate

entscheidet über eine weite Zukunft.

Bringen wir darin das Maß des Möglichen nicht an
Stande, so wird uns die Aufhebung der Blockade gar
nichts nützen und es geht uns dann wie Tantalus, dem
Trank und Speise vor den leidenschaftig ausgestreckten
Armen entweichen. Unvermeidlich sind alle Wirt-
schaftseteren der Stunde vor dieser Gefahr und der Not-
wendigkeit ihrer Anwendung. Ein lebensbedrohendes
Risiko kann die Faust an der Gurgel nicht vertragen. Es
muß sie lösen und es wird sie lösen.

Erhöhung der Produktion.

Gen. Erhöhung des Brotpreises oder Reichszuschüsse.
Weimar, 10. Juli. Der letzte Anschlag für Volkswirt-
schaftlich bedingte sich in seiner letzten Sitzung mit einer
Bereits am 2. Juli eingetragenen Vorlage der Regierung betref-
fend die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse
und Schlachtvieh. Daran soll ein Höchstpreis
für Roggen festgesetzt werden von 100 bis 110 Mark. Die
Preise für Getreide sollen ebenfalls werden. Im Laufe
der Debatte äußerte sich Reichsminister Schmitt zur Frage
der Erhöhung der Produktion, dies wäre zweifellos
ein Mittel, den Preis zu senken und zu drängen.
Wenn der Verbraucher dieses Jahr im Hinblick auf die abge-
rechenen Preise auf 35 Prozent des vorjährigen Getreide-
preises wird, so entfiel ein Höchstpreis von 1270000
Tonnen. Dieser Bedarf sei durch Einfuhr zu decken.
Die Kosten für ausländische Getreide seien aber so hoch, daß
entweder eine außerordentliche Erhöhung der
Brotpreise eintritten müßte, oder Reichszuschüsse be-
reitgestellt werden müßten, die die harte belastete Reichs-
kasse tragen könne. Auswärtigen sollte 1000 Mark, das ein-
heimische 450 Mark die Tonne. Die einheimische Produktion zu
heben müßte also in den Vordergrund gestellt werden. Bei der
vorliegenden Erhöhung der Getreidepreise würde es sich um
etwa 5 Millionen pro Kopf und Tag. Sollten die
Kosten der voranschreitenden Erzeugung von Reich getreide
werden, so müßten rund 600 Millionen aufgebracht werden. Die
landwirtschaftliche Produktionskosten hätten sich bedeutend er-
höht, und es liegt im Interesse auch der Konsumenten, bei
einem Anschlag zu schaffen. Unsere Getreide- und
Brotpreise sind die billigsten der Welt und sind
weit hinter der Kohlenpreissteigerung zurückgeblieben. Die
Geldentwertung muß bereinigt und muß werden, daß man die
Anschlagskraft ihre Auswärtigen beschließen muß, damit sie
weiter bestehen könne. Würde man die Wirtschaft festsetzen,
würden viel höhere Mindestpreise in Erscheinung
treten. Nachdem zwei Parteien Bedenken gegen die sofortige
Preisermäßigung in Vollen der Konsumenten geltend gemacht
habe, kann schließlich ein Mittelweg beschritten werden, durch
den den Reichsernährungsamt das Recht auf Erlass einer Preis-
verordnung ergehen und daß es den Auftrag erhält, mit
dem Reichsfinanzministerium in Verhandlungen einzutreten
über einen Reichszuschuß.

Die englischen Arbeiter gegen die Gewaltpolitik der Entente.

Nach die Franzosen.
Amsterdam, 10. Juli. Den englischen Blättern ge-
folge wird bei den Kundgebungen, die die englischen
Arbeiter am 20. und 21. Juli gegen die Politik der Re-
gierung gegenüber den neuen Demokraten und den
sozialistischen Republiken abhalten werden, eine gleich-
lautende Entschliessung in den im genauen Sinne des Wortes
bestehenden Versammlungen eingebracht werden, die den
übermittelt, die Republik in Russland, Deutschland,
Österreich und Ungarn begrüßt und zum Ausdruck
bringt, daß es die Pflicht der Arbeiter aller Länder ist,
zu fordern, daß die Kriegshandlungen gegen die sozia-
listischen Republiken Europas eingestellt werden, die

wirtschaftliche und Lebensmittelblockade sofort auf-
gehoben wird, und daß die Republiken von außen un-
berührt bleiben, damit sie selbst über ihre Regierungs-
form beschließen können.

Besailles, 10. Juli. Die französischen Eisen-
bahner haben beschlossen, sich an dem Demonstrationstreik
am 21. d. M. zu beteiligen. Infolge dessen wird am 21. Juli
von 5 Uhr vormittags an jeder Verkehrs- in Frank-
reich 24 Stunden lang ruhen.

Um Wilhelm.

Die Blätter sind voll von Berichten über den Stand
der Dinge betr. Austlieferung des Kaisers. Die Tele-
gramme häufen sich in den letzten Tagen, die erkennen
lassen, daß man in England doch die Sache etwas ruhiger
betrachtet. Die ungenügende Reifezeit, die die Ent-
ente begehrt, indem sie Deutsche vor ein feindliches
parteiliches Gericht stellt, ist nicht abzulehnen, und so
mocht man sich tatsächlich heute bereit, nach London, wo
der Prozeß wohl stattfinden wird, zu fahren. Circa
60 deutsche Generale werden das Schicksal Wilhelm's
teilen müssen, das um Weisnachsten herum sich erfüllen
wird. Ist der Entschluß für London schon ein Fort-
schritt in Richtung auf ein Abgehen, so macht sich in
Kreisen der englischen Bevölkerung unverkennbar
bereits eine Stimmung gegen den Prozeß bemerkbar.
Bisher ist tatsächlich denn auch das offizielle Gerüden
an Holland, Wilhelm auszuliefern, noch nicht erfolgt,
und man geht wohl in der Hoffnung nicht fehl, daß in
letzter Stunde die ritterliche Gefinnung der Amerikaner
und Engländer den Prozeß noch verhindern wird.

Verhandlungen über die Befreiung der Rheinlande.

Berlin, 10. Juli. Unterstaatssekretär Lemald hat sich
gestern mit einer Kommission nach Paris begeben, um dort
über das Abkommen betreffend die Befreiung der Rhein-
lande zu verhandeln. Gegenwärtig ist die Kommission be-
treffend den Rheinfuß auf der Spitze gewiesenen fran-
zösischen Gebiete abgesetzt. An der Spitze dieser Kommission
steht Unterstaatssekretär Schröder vom Reichsfinanzmini-
sterium. Beide Kommissionen werden getrennt voneinander
arbeiten.

Amsterdam, 10. Juli. Laut Reuters-Verbindung aus
Washington meinte Wilson in einer Unterredung mit
Botschaftern, die amerikanischen Truppen müßten
am Rhein bleiben, bis Deutschland alles Material, das
im Friedensvertrag gefordert werde, ausgeliefert habe.
Wilson teilte mit, daß der Völkervertrag in Leben
zu werden. In Betreff des abgeleiteten Vertrages einig
werden würde. Der Präsident sagte, er sei der Ansicht,
daß die amerikanischen Mächte lokal wie möglich den Handel
mit Deutschland wieder aufnehmen, um die Rehabilita-
tion Deutschlands zu gestalten.

Die belgischen und englischen Truppen vertragen sich nicht.
Die Belgier wollen die Gastgeber von heraus haben, die noch
immer in Palmen sitzen.

und vertieft
elagerungs-
noch gehen
vergehens
noch eben
die General
der Noten
en worden
er schon an
en sein soll
stigen Wo
trages.
ndent bei
igung des
folge einer
Mittleren
en. Um
lands an
erritoria-
lischen und
orden.
der Entent
Wohlhabend
und wieder
hinzugetre
ch an einen
folge Hoffe
elbenfels.
hreise mes-
ekt:
und 3,40 Mk.
lands an
abstut zu set
fferrwürden
ie-Henblat
Betreuenen
eigende Gr
sichleben da
abstut zu set
Theater
s. 11 Uhr
15. Marz
Kazle wer-
n. Verkauf
Abholung bei
Juli 1919:
Theater
s. 11 Uhr
ene Fran-
s. 11 Uhr
s. 11 Uhr
Geschirm
s. 11 Uhr
Reich
s. 11 Uhr
Das
urter
gramm
s. 11 Uhr
ung des
stimmme".
ber

Zur Wiffell-Kritik

wird dem Bismarck geschrieben: Ein Teil der liberalen Presse stimmt Trümpfgeplänze an über das angebliche Scheitern der Wiffellischen Planwirtschaft. Daran ist nur soviel wahr, daß das Kabinett allerdings dem vom Reichswirtschaftsminister Wiffell vorgelegten Entwurf über die künftige Planwirtschaft in seinem ganzen Inhalt sich nicht angefallen hat. Damit ist aber nicht etwa gesagt, daß das Kabinett, wie die liberale Presse annimmt, sich für das freie Spiel der Kräfte ausgesprochen hätte. Die Reichsregierung denkt vielmehr gar nicht daran, das von der Händler-Preise geforderte freie Spiel der Kräfte auf dem deutschen Wirtschaftsraum einzutreten zu lassen. Sie ist vielmehr der Meinung, daß größere und sofortige Sozialisierungen ins Auge gefaßt werden müssen. Die Stellungnahme des Kabinetts hat nur die Bedeutung, daß es sich nicht allen Wiffellischen Vorschlägen bedingungslos angeschlossen hat. Die Reichsregierung ist aber noch weiter davon entfernt, die Forderungen der Mandatierpresse erfüllen zu wollen. Infolgedessen ist auch der Jubel der liberalen Presse, die den Rücktritt von Wiffell nicht gekommen sieht, durchaus gegenstandslos. Es ist vielmehr anzunehmen, daß es gelingen wird, Wiffells bewährte Kraft auf seinem Plage zu erhalten und eine Mischlinie zwischen den verschiedenen Auffassungen zu ziehen. Wiffell selber hat seine weiteren Geschäftstätigkeiten bis die sozialistische Fraktion zu der nächsten Materie Stellung genommen hat. Das wird in einer Fraktionsfassung am Donnerstag oder am Freitag abend geschehen. Außerdem ist zu bemerken, daß auch im Kabinett selber von einer scharfen Dissonanz, die eine Trennung Wiffells erforderlich machen würde, keine Rede ist. Es ist vielmehr Grund genug vorhanden, zu der Annahme, daß die aufgetauchten schändlichen Meinungsverschiedenheiten eine durchaus folgerichtige Lösung finden werden.

Mit der Kritik der liberalen Presse, die sich für das freie Spiel der Kräfte, d. h. für die schrankenlose Bereicherung der Händlerpreise einsetzt, steht das Berliner Tageblatt. Dieses Organ der demokratischen Partei hat sich während des Krieges eine selbständige Haltung gegenüber den Militaristen und Imperialisten bewahrt, die durchaus anzuerkennen ist. Es wäre nun sehr zu wünschen, wenn das Berliner Tageblatt diese Selbständigkeit auch gegenüber den Händlerpreisen, die auf Wölung aller wirtschaftlichen Bande drängen, betätigen würde. Die Zeit des Mandatierismus ist endlich und für immer vorbei. Das sollte sich das B. T. ebenfalls lassen und dem Drängen der Profitmaxime aus kaufmännischen Kreisen daher den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. Auf jeden Fall ist der Trümpfgeplänze, den das Blatt über die Wiffell-Kritik angeht, hat, binfällig. Es ist nicht nur zu wünschen, sondern ist durchaus wünschenswert, daß es gelingen wird, sowohl den Reichswirtschaftsminister Wiffell in seinem Amt zu erhalten, als die Wiffellischen Ideen in Verbindung mit den Plänen einiger feiner Kräfte in Geltung zu bringen. Das um so mehr, als der Reichsminister für die Politik der Sozialdemokratie sich zu dem Wiffellischen Projekt im allgemeinen in unparteiisch geäußert und in einer Resolution empfohlen hat, zu irgendeiner planmäßigen Wirtschaftsordnung überzugehen und nicht der Spekulation und dem freien Spiel der Kräfte die künftige Gestaltung unseres Wirtschaftsraumes zu überlassen.

Das Halleische Volksblatt ipinitiiert gestern gleichfalls über die Wiffell-Kritik. Während es hüten im Gewerkschaftskongress nach unabhängiger Ansicht seinen guten Rat von der Wiffellischen Planwirtschaft nicht schreibt es vorn im Voraus, daß die sozialistische Regierung Wiffell wegen seines fortgeschrittenen sozialistischen Vorensen lassen solle und sich mit Haut und Haaren den Sozialisten verschreiben wolle. Es zieht Zehlfülle, die es an ganz falsche Vorstellungen knüpft. Denn einmal ist Wiffell noch nicht gegangen und zweitens liegt es daran, daß die Mehrzahl der sozialistischen Minister durch greifende er sozialisieren will wie Wiffell. Einrige Propheten bemühen sich bereits, Wiffells Nachfolger zu nennen. Dabei zeigt sich ein recht bemerkenswerter Irrtum, der sich nach zwei Richtungen auswirkt. Die eine Gruppe der Propheten ist gläubig, daß endlich der freien Wirtschaft die Wege geöffnet werden, und begrüßt mit Jubelstürmen die neue Morgenrote des Mandatierismus. Die andere Gruppe, die der Presse der Unabhängigen, wie oben vom Volksblatt gelagt, ist scheinbar tief entrüstet über den angeblichen Verrat an Sozialismus. Heute morgen berichtet das Berliner Tageblatt, das am nächsten gegen Wiffell geschrieben, daß Wiffell bleibt und mit der Einführung des freien Handels nicht zu rechnen ist.

Die Aufhebung der Blockade.

Vorausichtlich wird die Aufhebung der Blockade nach der durch Deutschland erfolgten Ratifizierung, die sofort nach Paris gehen würde, am Sonnabend oder Sonntag erfolgen. Mit der Abreise von Paris die vom Obersten Wirtschaftsrat der Alliierten verfaßten Handelsbeschränkungen fortlassen. In Frankfurt sieht man, wie Wilson sagte, vor der Ratifizierung. Dort will man nach der Ratifizierung auch die Renz und den Belagerungsstand aufheben. In England wird man gleichfalls nicht allzu lange mehr auf die Ratifizierung warten. Falls in dagegen wird wegen der vorliegenden Krühen wohl nicht so schnell oder gar nicht zur Ratifizierung kommen.

In London gab es in Amerika und wurde von reichen Westmännern bestritten. Er fuhr nach der Carnegie-Hall, wo er eine Rede hielt und darüber sprach, was die Nationen von Amerika erwarten, welches diesen Erwartungen gerecht werden müßte. Wilson erklärte, das Werk des Friedens habe er begonnen, als der Friede angedeutet wurde. Wilson ist inzwischen vor dem Senat erschienen und hat eine Rede gehalten, die sehr schön klingt und darauf hinweist, daß der Friede mit seinen 14 Punkten übereinstimme. Nach dem Reden wählte Wilson seine Rede dem Vorkriegsstand, von dem er erklärte, er sei nur ein Vertrag, um früheres Unrecht durch den neuen Friedensvertrag wieder gutzumachen, sondern er sei die Öffnung der Menschheit. Der Bund sei tatsächlich eine

Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung, die der Sieger des Krieges in der Welt einzurichten wollten, geworden. Wilson erklärte, das Werk der Friedenskonferenz als ganz mit den Grundgedanken der Friedensvereinbarung übereinstimmend, die man gemeinsam als Grundlage des Friedens angenommen habe, und die Kompromisse, die als unabweislich angenommen wurden, könnten nirgends irgendem dieser Grundgedänge ins Herz. Gewiß, denn Deutschland hat kein Herz mehr, das hat man ihm mit diesem Friedensvertrag herausgerissen.

Handel mit Danemark.

Rosenhaagen, 10. Juli. WTB. dröhelt: Wie die hiesigen beiden Handelsorganisationen, die während des Krieges die amtliche Handelsüberwachung selbst geführt haben, mit Zustimmung des Ministeriums der Außenwirtschaft in den Ententeorganisationen ein Abkommen getroffen wurde, das am 1. September 1918 mit diesen Organisationen getroffene Handelsabkommen, das dem hiesigen Handel in Dänemark die besten Handelsverhältnisse bietet, ist, sobald die Ententeorganisationen die amtliche Handelsüberwachung von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Deutschland erhalten haben. Dies bedeutet somit, daß von diesem Zeitpunkt an Danemark mit Deutschland und den übrigen Alliierten den besten Handelsverhältnissen im Vergleich mit den übrigen Ländern für den freien Warenverkehr bestehen, die die einzelnen Länder aus Rücksicht auf ihre eigenen Interessen erlassen haben, um zum Beispiel zu verhindern, daß sie durch übertriebene Beschränkung von gewissen Waren entsteht werden.

Die Entente-Überwachungskommissionen.

Paris, 10. Juli. WTB. dröhelt: Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Oberste Rat der Alliierten zum Obersten Rat der Entente die Überwachungskommissionen, die im Friedensvertrag enthalten sind, seitens Deutschland zu übernehmen hat, einen französischen General ernannt. Zu Ehren der Kommissionen, die die maritimen und Luftfahrt-Überwachungen der Deutschen zu übernehmen haben, wurde ein amtliches Abkommen und ein Abkommen geschlossen. Alle drei Kommissionen werden ihren Sitz in Berlin haben, in anderen Städten die Unterkommissionen. Für die Überwachung sind 200 alliierte Offiziere bestimmt.

Keine Zivilarbeiter gegen Kriegsgefangene.

Bern, 9. Juli. Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dufallo hat gestern in Verlaufe einer längeren Besprechung mit Legationsrat Freiherrn von Vörsner über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen. Nach einer Information des Temps nach haben die Kriegsgefangenen etappenweise heimgeführt werden und zwar in der Weise, daß fünfzigtausend deutsche Zivilarbeiter, die die verlassenen Gebiete wieder aufbauen sollen, die gleiche Zahl von Kriegsgefangenen in ihre Heimat entlassen wird. Dieser Auffassung des Temps muß auf das entscheidende entgegengetreten werden. Deutschland ist selbstverständlich bereit, an dem Wiederanbau in Nordfrankreich mitzuwirken und zu diesem Zwecke geschulte deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Es ist indes nicht angängig, die Bereitstellung dieser Arbeitskräfte in irgendeiner Weise mit der Heimführung der Kriegsgefangenen in Zusammenhang zu bringen; diese hat vielmehr nach Art 21 des Friedensvertrages ohne weiteres nach Zutritt mit der größten Beschleunigung zu erfolgen.

Die internationale Arbeiterkonferenz.

Genève, 9. Juli. Die Times' erklärt, daß die Vorbereitungen zur internationalen Arbeiterkonferenz in Washington große Fortschritte machen. Die Organisationskommission hat eine Reihe von Fragen bezüglich der Arbeitszeiten bereits in Erwägung gezogen und ihre Wünsche allen Staaten, die bereits Mitglieder des Völkerbundes sind oder es demnächst werden, unterbreitet. Es sind sogar bereits Antworten eingetroffen, die in fünf verschiedenen Berichten zusammengefaßt werden. Man hofft, daß diese Arbeiten vorläufig fertig sein werden und den Delegierten angelegt werden können, bevor sie der Konferenz angelegt werden. Wie fern in Berlin, sollen auch die deutschen Gewerkschaften zugelassen werden.

Zusammenbruch und Revolution.

Mit eiserner Beharrlichkeit stellen die Reaktionen aller Richtungen immer wieder die Behauptung auf, die Revolution habe den Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt. Sie wollen der Revolution die Schuld an der Niederlage in die Schuhe schieben, die einzig und allein auf das Konto des alten Systems, der allseitigen Kapitalverhäufnisse kommt. Nun aber zeigt sich eine einfache fadenförmige Ueberführung über die Dinge, daß die Niederlage längst da und befestigt war, als die Revolution einsetzte.

Deshalb suchen die Reaktionen nach allerhand Ausreden, die nicht auf widerlegende Tatsache in ihr Gegenteil umzufallen. Das freilich der Zusammenbruch der bulgarischen und türkischen Fronten im September 1918 von deutschen Revolutionären verschuldet worden sei, das magen selbst die Meister der Lüge nicht zu behaupten. Dafür predigen sie um eifrigeren Verlaufs, daß die am 15. Juli 1918 eingetragene Niederlage der Fronten auf die revolutionäre Unterminierung der Truppen zurückzuführen gewesen sei. Zwischen dem Vorwärts und der Deutschen Tageszeitung hat sich über diese Frage eine interessante Polemik entpunden. Zunächst hat der Vorwärts nachgewiesen, daß der von den Reaktionen zum Ueberbruch zitiertes Auspruch des Wadgebürgerkommunisten-Vater, wonach mit falschen Wäßen an die Front gefandene Defektoren im Auftrag der Revolutionäre die Werbungsarbeit vollbracht hätten, nichts als eitle Demagogik und Panzerred eines geistig ganz unbedeutenden Revolutionärs gewesen sei, der sich durch prunten mit revolutionären Beratern ein Wäßen ergattern wollte. Nun aber kommt die Deutsche Tageszeitung mit meiterem Beweismaterial. Was steht dahinter? Zunächst der typische Kantinen- und Patriemist. Ein Soldat erzählt, sein Sohn an der Front habe ihm erzählt, Deute hätte ihm erzählt ufm. ufm. Der Herr Soldat erzählt, der nie an der Front gewesen ist, ist allerdings ein ebenso glänzender Kronzeuge wie der Getriebener Revolutionär, der 1000 Offiziere und der Getriebener Arbeiter in die Front getrieben hat. Ein weiterer Zeuge der Deutschen Tageszeitung erzählt, daß er in einer Sitzung der Unteroffiziere von dem vortragenden Obersten am 29. September 1918

gehört habe, daß bereits am 15. September die Generalkonferenz zu einem militärischen Generalstreik an der Front stattgefunden habe. Soll man auf solchen Zirkel überhaupt ernsthaft antworten?! Dann wird von der Deutschen Tageszeitung ein Erlaß der Reichsleitung vom Juli 1917 zitiert, der sich gegen die politische Propaganda im Heere richtet. Mit diesem Bemeistand hat die Deutsche Tageszeitung besonders Recht, denn der Erlaß wendet sich zunächst gegen den Erlaß der Reichsleitung vom Juli 1917 zitiert, der sich gegen die politische Propaganda im Heere richtet. Wie wenig Erfolg dieser Erlaß hat, das beweist die Tatsache, daß im November 1918, als die Revolution — ganz zuletzt — die Wehrfront erreichte, so gut wie gar keine unabhängigen Soldatenräte gewählt wurden. Ueberhaupt ist die Tatsache bezeichnend, daß die Wehrfront erst Soldatenräte wählte, als die Revolution in der Heimat vollständig eingetreten hatte. Mit der allseitigen Ausrede ist es also nicht getan.

Wird, nichts als Wind ist es, was die Deutschmilitaristen in Halle in ihrem 4. Plakat von neuem behaupten. Wir werden morgen noch ausführlicher auf die unverfrorenen Lügen zurückkommen.

Entweder — oder!

Die Unabhängigen betreiben ihren Mitgliederbedarf hauptsächlich mit der Phrase, daß sie soeben es ließe sich heute schon ganz richtig sozialistisch regieren nur die Rechtssozialisten seien dazu nicht imstande, weil es ihren Führern an Kraft oder am guten Willen fehle. Da diese Phrase nicht nur die Köpfe der U.S.P. verblende, sondern auch durch ihre schändliche Wiederholung auf schonen dem Verstand in unserer eigenen Reihen einen gewissen Reiz ausübt, verdient sie einmal auf ihren wahren Wert zurückgeführt zu werden. Ein Organ der U.S.P. lehnt der Braunscheinen Volksfreund, schreibt am Schluß eines Artikels, davon aus, daß die jetzige Reichsregierung vollkommen unfähig sei, die Situation zu erkennen: „Nun würde auch ein Ministerium aus Unabhängigen daselbe Glas erleiden, wenn es nicht in den Vorbergründen stellen würde sich sozialistische Umgestaltung des Reiches an und zwar die Umgestaltung direkt durch die Arbeiter vermittelt des Rätelstems. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind es, die die politischen und sozialen Verhältnisse gestalten.“

Also: Entweder müssen die Unabhängigen für die reiflose Verechtigung des Parlamentarismus und Einführung der Reichsverfassung oder sie sind genau so unfähig wie die Rechtssozialisten und machen es, wenn sie zur Regierung kommen, nicht besser als wir. Das ist immerhin ein harter und einleuchtender Standpunkt. Aus ihm erklärt sich auch, daß die Kommunisten der Kampf gegen die Sozialdemokratie fähiger führen können als die U.S.P. Sie stehen eben grundförmig auf einem ganz anderen Boden als wir, während die U.S.P. durch ungeheuren Phrasenschwall sich selbst einreden muß, sie wolle etwas grundförmig anderes. Sie wird sich letzten Endes doch noch zwischen reiner Sozialdemokratie und reinem Kommunismus entscheiden müssen. Worauf es ankommt, ist: zu begreifen, daß der Kommunismus, indem er die wirtschaftliche Umgestaltung gleichzeitig mit der politischen durchführen will, der Entwertung des Volkswortes seiner Ziele überhaupt geht — es nur zu einem verfräpften Wirtschaftssystem bringt. Er braucht die Wirtschaft zurück in primitivere Verhältnisse, wie er überhaupt die primitivere Form des Sozialismus ist. Er kann auf dem Boden einer darniederliegenden, ruinierter Volkswirtschaft sein Werk beginnen, aber er bringt sie nicht zu neuer Blüte. Der Sozialist dagegen will den Kommunismus, indem er die wirtschaftliche Umgestaltung gleichzeitig mit der politischen erreicht ist. Der Sozialdemokrat ist, den Sozialismus also im Wege der Demokratie erreichen will, kann im Kommunismus nur einen Rückfall in primitivere Formen des Klassenkampfes erblicken und muß ihn ablehnen, weil er nicht aufwärts, sondern abwärts führt. Aber der Weg, den die Unabhängigen einschlagen, führt weder aufwärts noch abwärts, sondern seitwärts. Sie fallen zuletzt entweder den Kommunisten in die Arme oder landen schließlich dort, wo sich unter dem Namen der Unabhängigen ein gleichgültiges „Reinheitssozialismus“ der Verma heute nicht noch feinen von uns zu befriedigen, er kann aber nicht amagen werden, wenn wir überhaupt vorwärts kommen wollen.

Urteil im Prozeß des bayerischen Kriegsministers Schneppenhorst gegen die „Neue Zeitung“.

Die Neue Zeitung und die unabhängige Presse überhaupt hatte der bayerische Kriegsminister Schneppenhorst vorgeworfen, daß er sich in den kritischen Tagen vor Ausrichtung der Wänderen Rätereipublik für den Gedanken der Rätereipublik ausgesprochen und sich mindestens dafür verbürgt hätte, daß nichts Gewalttätiges gegen die Rätereipublik unternommen würde. Dadurch habe er die Männer, die später die Rätereipublik ausgerufen und geleitet hätten, erst zu dem Abenteuer verführt. Wegen dieser Behauptungen, die er von Anfang an bestreiten hat, hat Schneppenhorst gegen das Organ der Unabhängigen in München die Neue Zeitung, Beleidigungsklage angehängt. In diesem Prozeß wurde vom dem Schurgericht das Urteil gefällt. Der Redakteur der Neuen Zeitung wurde zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt wegen Beleidigung Schneppenhorsts. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mark Geldstrafe beantragt. Bei der Urteilsverkündung wurde als straferschwerend die Schwere der Ehrenkränkung angenommen, als strafmildernd die Erregung über die Umstände, aus denen der Artikel geschrieben wurde.

Der sächsische Bergarbeiterstreik beendet.

Dresden, 10. Juli. WTB. Zu der Meldung von der beständlichen Einleitung des Bergarbeiterstreiks in Sachsen teil die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen mit, daß noch einer letzten aus Wäden eingetroffenen Wäden die dortigen Verhandlungen ein günstiges Ergebnis gezeitigt haben und die Bergarbeiter mit der heutigen Wäden

...wären werden angenommen werden. Infolgedessen hat sich die Generaldirektion entschlossen, vor einer Einigung über den Personenverkehrs Wiederaufnahme zu nehmen. Mit Rücksicht auf den günstigen Rollenstand bleibt jedoch die Einschränkung des Güterverkehrs vorläufig noch aufrecht erhalten.

Der Berliner Verkehrsstreik geht weiter.

Berlin, 10. Juli. WTB. drückt aus hier? Die Bekämpfung des Vollzugs, auf dem Wege über das Reichsarbeitministerium eine Verständigung zwischen den Unternehmern und den streikenden Angehörigen der Straßenbahn, Straßenbahn- und Omnibusgesellschaften herbeizuführen, sind vorläufig als gescheitert anzusehen.

Kein Tabakmonopol.

Weimar, 10. Juli. Im Tabakvereinsrat hat der Nationalversammlung beantragte der sozialdemokratischen Abgeordnete Schüller, die Tabaksteuererträge zu verlagern und die Regierung aufzufordern, eine Denkschrift über die Einführung des Tabakmonopols vorzulegen. Reichsfinanzminister Czerniger machte darauf aufmerksam, daß dem Handelsmonopol neben den Schwierigkeiten der Auseinandersetzungen zwischen der Verwaltung und den Tabakproduzenten auch die Ermöglichung entgegenstehe, daß das Reich den Tabak aus dem Ausland keineswegs mehr billiger beziehen als die Privatindustrie. Das dem Monopol würde keine Markt mehr für das Reich herauskommen. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen wandten sich gegen das Monopol, nachdem die Vertreter der beiden sozialistischen Fraktionen entschieden für das Monopol eintreten.

Die Wiener Arbeiterzeitung über den Regierungswechsel in Osterreich-Slowakien.

Die Wiener Arbeiterzeitung erwartet nunmehr, daß die tschechischen Sozialdemokraten, die jetzt der ausführenden Teil in der Regierung der tschechischen Republik sein werden, die Politik der Gewalt verlassen. Zum tschechisch-österreichischen Problem gehört aber auch das Verhalten der Tschechen gegenüber dem Friedensvertrag mit Deutsch-Osterreich. Und wenn die Tschechen darauf bestehen sollten, die politische Einheit der Stunde ohne Rücksicht auszubringen, so würden sie bei allen Deutschen eine Stimmung hervorrufen, die auch ihnen nicht zum Besten gereichen würde.

Widerlegung der österreichischen Friedensbedingungen.

WTB. Saint Germain, 10. Juli. Wiener Korrespondenz. Staatskanzler Renner hat heute vom Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau eine Note erhalten, in der die von Staatskanzler Renner am 23. Juni angeführten Punkte als berücksichtigungswürdig erklärt werden, weshalb Artikel 49 getilgt und durch folgende Bestimmungen ersetzt würde: Die Güter, Rechte und Interessen der österreichischen Staatsbürger und der von ihnen kontrollierten Gesellschaften unterliegen in den Gebieten, welche Teile der österreich-ungarischen Monarchie gebildet haben, nicht der Beschlagnahme oder Enteignung. Die Bestimmungen beziehen sich nicht auf Güter, von denen in den Finanzklauseln die Rede sein wird. Sie beziehen sich auch nicht auf Schiffe, welche in den Wiederherstellungsbedingungen Bestimmungen enthalten sind. In der Note wird ferner die handelspolitische Note der österreichischen Delegation beantwortet. Die Verneinung der Weisheitsbegünstigung für das österreichische Zollerrecht nicht gefährlich, weil es gestattet sei, die Zölle für den Handel mit Waren aus den von der Weisheitsbegünstigung ausgenommenen Verträge abzuschließen. Die alliierten Staaten wünschen nicht, daß die österreichische Ausfuhr schiedlichen Beschränkungen unterliege, sind aber nicht in der Lage, ihr sofort Weisheitsbegünstigung einzuräumen. Sie sind nur bereit, folgenden Artikel hinzuzufügen: Die Oesterreich in Artikel 1-4 anerkannt Weisheitsbegünstigung wird nach drei Jahren von seinem alliierten oder assoziierten Staat in Anspruch genommen werden, ohne die Gegenleistung zu gewähren, wenn nicht der Völkerbund anders entscheidet.

Bernard Shaw über den Frieden.

Der bekannte Schriftsteller Bernard Shaw hat sich bekanntlich in London, die die Daily News über die Zukunftsaussichten des Friedens veranlaßt hat, folgendermaßen geäußert: „Als der Krieg dadurch beendet worden war, daß man ganz Mitteleuropa zur Hungernot und völligen Entvölkerung und die Völkerverdrängung an den Rand des Ruinens brachte, da war es klar, daß die erste Aufgabe die der Sieger hatten, die nach Europa zu ihrem Heil wieder auf die Beine zu bringen. Man

sollte denken, daß selbst der größte Dummkopf begreifen müßte, daß, wenn er einen Mann niederbricht, ihm Arme und Beine zerbrochen und die Lenden ausgeleert hat, es wenig Sinn haben kann zu erklären, das nächste sei, ihn nun „alles begabt zu lassen“, und ihn er, um dieses Ziel zu erreichen, nun damit beginnt, ihm die Hüfen zu treten und ihm nichts zu essen zu geben. Ich habe keine Worte für ein solches kindisches Benehmen. Der ganze Friedensvertrag ist für Leute wie mich, ich verbaue nicht der Vergangenheit zu weh, weil mir nicht wissen, wieviel er nützt, wenn man es machen muß. Zunächst kamen mir die privaten Ermahnungen nicht, durch die sich Dr. Lloyd George, Präsident Wilson und Dr. Clemenceau zuerst miteinander verständigten und auf welche Weise sie dann sich gegenseitig über das Ohr brachten, sich überredeten, einander dies und jenes abzumarkieren und die gegenseitigen Interessen durchzuernten. Der einzige Rat, den ich geben kann, ohne mich lächerlich zu machen, ist der, daß wir Mittel- und Europa ernähren und in Ordnung zu bringen, bis es möglich ist, wieder auf die Beine zu stehen, und daß wir unsere eigenen Schulden zu bezahlen müssen, indem wir für jeden auf die Beine setzen und arbeiten, um sie zu bezahlen.

Kurze Notizen.

Das neue Sprachrohr der Regierung. Der Vormarsch schreibt: Das „Allerwähnteste“ wird in jüngerer Zeit mit besonderer Vorliebe als Publikationsorgan der sozialdemokratischen Minister benutzt. Das ist ein „S. G. S. S. S.“, das hat das Blatt am Dienstag, aber auch am nächsten Ministerpräsidenten H. J. einen Artikel veröffentlicht. Das WTB berichtet seine eigene Meinung, wonach an die Beamten im September eine neue Entlohnungssumme gezahlt würde. Das ist nicht der Fall. Eine nie gekannte Kohlennot wird sich im nächsten Winter bemerkbar machen, es gibt sich in jeder Zeile vor Augen zu stellen, daß bei den bestehenden Friedensbedingungen jeder neue Tag Streit uns vor größte wirtschaftliche Katastrophen stellt. Die Zukunft der Beamten des Sanatoriums ist nach Verhandlungen mit der Regierung sichergestellt. Das Spiel ist aus im Osten. Aus Riga gehen die letzten Neuigkeiten fort. Eine Note an Clemenceau behandelt die Frage der Uebernahme der von Polen abgetretenen Gebiete. Es werden förmliche Verhandlungen mit den Polen eintreten, um teilungswise den Uebergang zu bewerkstelligen. Das rote Standgericht in Budapest hat 11 Personen wegen gegenrevolutionärer Umtriebe zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die ungarische Note Armes soll einen Einsatz in Niederösterreich nicht mehr erlösen. Die Erste kanonische Kammer hat mit 34 gegen 5 Stimmen die Verträge Mariani auf Einführung des Frauenwahlrechts angenommen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 10. Juli.

Am Regierungstische: Dr. Preuß, Koste, Erzberger, Maier-Kaufmann. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten. Die erste Beratung des Verfassungsentwurfes wird bei dem höchsten Wichtigkeit, Reichsfolge, Artikel 101-106, fortgesetzt. Berichterstatter Abg. Dr. Spahn (Str.). Art. 101 bestimmt: Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder ausgeübt. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Dazu liegt ein Antrag Agnes und Gen. (U. S.) vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstageswahlrecht zustande gekommene Volksgerichte verlangt, denen auch Soldaten unterworfen sind. Miltärgerichte und Ausnahmegerichte jeder Art sind verboten. Abg. Hente (U. S.): Nur durch die Einleitung von Volksgerichten, das heißt durch die Wahl der Richter, kann der Klassenjustiz ein Ende gemacht werden, und das ist jetzt doppelt so wichtig. Niemals ist die Klassenjustiz brutaler aufgetreten als jetzt. Vor allen Dingen aber muß ein Ende gemacht werden mit den unheimlichen Standgerichten und außerordentlichen Kriegsgerichten. (Zuruf rechts.) Staatsminister Dr. Preuß: Was eine Verfassung überhaupt tun kann, um die Grundlage für eine gute Justiz zu schaffen, das ist hier verurteilt. Durch Auslieferung der Gerichte an die Seidenfäden der politischen Wahl wird dieses Ziel nicht erreicht. (Beifall.) Hier war er, und dort war das Defret; er war in Frankreich festgenommen worden, und man verlangte seinen Kopf. „Sagst du ihm den Kopf ab?“ fragte die Zubehörerschaft. „Er ist ein Feind der Republik!“ Der Präsident fragte, um das Gemüth zu beschwichtigen, und fragte den Gefangenen, ob es nicht wahr sei, daß er viele Jahre in England gefesselt habe? „Abermals war dies der Fall.“ „Du er nicht damals ein Emigrant gewesen? Wie er sich genannt habe?“ „Nicht emigrant im Sinne und Wille des Gesetzes, hoffe er.“ „Warum nicht?“ wandte der Präsident zu ihm. „Weil er freiwillig einen Titel und eine Stellung aufgegeben, die ihm Ansehen eintrug, und sein Vaterland verlassen habe.“ „er erlaube sich zu bemerken, bevor das Wort Emigrant in seinen gegenwärtigen Sinne in der Sprache angenommen ist, in Deutschland, um einen Arbeiter, der von einer eigenen Arbeit in England, aus von der Arbeit eines überlebenden Volkes in Frankreich zu leben.“ Welche Beweise er dafür habe? Er nannte die Namen von zwei Zeugen: Theophil Gabelle und Alexander Manette. „Aber er habe sich in England verheiratet?“ erinnerte ihn der Präsident. „Abermals, aber nicht mit einer Engländerin.“ „Mit einer Bürgerin von Frankreich?“ „Ja, von Geburt.“ „Aber Name und ihre Familie?“ „Lucie Manette, einzige Tochter des Dr. Manette, des guten Arztes der Stadt.“ Dies Antwort machte einen stürmischen Eindruck auf die Versammlung. Mureus um Wobbe des wohlbestimmten guten Arztes erläuterten den Gerichtsfall. So lautenhaft das Wort bemerkt, daß sofort Kränen aus mehreren stauenden Augen rollten. Es eben noch den Gefangenen wieder angehört werden, als brannen sie vor Ungeduld, ihn auf die Straße hinauszuweisen und totzuschlagen. Auf diesen wenigen Schritten seines gefährlichen Weges hatte Charles Darnay seinen Fuß genau nach Dr. Manettes mit dem

Abg. Dr. Seigge (D. Bpt.): Die Demokratie steht mit der Forderung der Unabhängigkeit der Richter außerordentlich konsequent, ja radikal, und mit Recht auf. Auf die Ausbildung der Richter kommt alles an. Eine gute Justizpolitik wird durch die Wahl unmöglich gemacht. Abg. Warmuth (Dn.): Der gelehrte Richter steht in seinem unvereinbaren Gegensatz zum Volkstrichter. Abg. Rappenstein (Soz.): Wir können dem Antrag der Unabhängigen nicht zustimmen, denn hier sollen Richter auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählt werden. Der Richterstand muß fortan den neuen Geitalungen unserer künftigen Lebensvolles Verhältnisse entgegenbringen. Der Antrag der Unabhängigen hieße praktisch eine Klassenjustiz durch eine andere beseitigen. Unabhängige als Richter sind durch lange keine unabhängigen Richter. (Beifall Zustimmung.) In den künftigen Gerichten muß durch ein hartes Votenzentrum, das aus Volkswahlern hervorgeht, ein Gegengewicht geschaffen werden. Berufsrichter und Volkstrichter müssen zusammenwirken. Abg. Dr. Wobbe (Dem.): Der von dem Abg. Hente vorgeschlagene Weg zur Sicherung einer unabhängigen Rechtsprechung würde geradezu die Grundlagen der Unabhängigkeit der Richter erschüttern. Abg. Hente (U. S.): Den Glauben an die Demokratie haben wir auch, aber nicht an die Demokratie des Herrn Wobbe, denn die ist weiter nichts als verheilte Kapitalismus. Abg. Rappenstein (Soz.): Gerade Sie sind es (zu den Unabhängigen), die den wichtigsten Grundbaustein der Demokratie, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, schon längst zum alten Eisen gemorren haben. Abg. Dr. Krieger (D. Bpt.): Es gibt auf der ganzen Welt kein Volk, das über jo unparteiische Richter verfügt wie das deutsche. Bewußte Klassenjustiz wird jedenfalls von unseren Richtern nicht getrieben. (Widerpruch und Lachen bei den Unabhängigen.) Abg. v. Ehrenheim (Str.): Unser Richterstand hat wirklich eine bessere Beurteilung verdient als die, die man ihm mehr oder weniger verburmt den Vorwurf einer bewußten Klassenjustiz macht. Artikel 101 wird unter Ablehnung des Antrages Agnes und Gen. in der Ausschussfassung angenommen. Artikel 102 (Ernennung der Richter auf Lebenszeit, Zulässigkeit der Befehdung einer Altersgrenze für Richter durch die Landesgesetzgebung) wird ohne Erörterung angenommen. Artikel 103 bestimmt: Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standgerichte werden nicht berührt. Artikel 104 bestimmt: Die Miltargerichtsbarkeit ist aufgehoben außer für Kriegszeiten. Das Kastere regelt ein Kriegsgefes. Die Unabh. Soz. beantragen die Streidung dieser beiden Artikel in Konsekuenz ihres Antrages betrefis der Volksrichter. Die Unabh. Auer und Gen. (Soz.) beantragen: Die Miltargerichtsbarkeit ist aufgehoben (laut: aufzuheben). Abg. Gräber (Str.) beantragt zu Artikel 103 den Zusatz: Die miltarlichen Ehrengerichte sind aufgehoben, und in Artikel 104 die Einfügung, daß die Miltargerichtsbarkeit auch für die Verhaltungen im Reich bestehen bleibt. Außerdem liegt eine Entschliebung des Ausschusses vor, das Gesetz über die Aufhebung der Miltarjustiz mit größter Befehlsmacht einzubringen. Abg. Gräber (Str.) befrwortet seinen Antrag. Die Nationalversammlung müsse erklären, daß sie keine Behörde mehr haben wolle, die darauf achten, daß die Standesliste des Duells gewahrt werde. Auch seine Partei müsse ferner dem Beschluß des Ausschusses zu, daß die Miltargerichtsbarkeit aufgehoben ist. Reichsminister Reichard: Es ist beabsichtigt, eine Disziplinarkammer für das Heer neu einzurichten. Deshalb erkläre ich besser, die Aufhebung der Miltargerichtsbarkeit nicht in das Verfassungswort hineinzubringen. Es wird überhaupt genügen, wenn das Haus in irgend einer Form den Wunsch auspricht, daß die Miltar Ehrengerichte nicht wieder aufleben. Reichsminister Koste: Die Miltargerichtsbarkeit ist aufgehoben, ist unmöglich. Befiehlt die Verammlung in der von der Kommission vorgeschlagenen Form, so werden wir die geordnete Anwendung möglichst beschleunigen. Das Gesetz würde jo zum möglich ausgearbeitet werden. Die Aufhebung des Duells ist doch aber nicht beabsichtigt. Es gibt eine gewisse Ungezogenheit, wenn die Regierung gibt die Versicherung, daß diese Verfassungsgesetz so kurz wie möglich bestehen soll. Abg. Fall (Dem.): Aus unserer Verfassungslage heraus wird gegen jedes Ausnahmegefes, Ausnahmegericht und Verfahren. Abg. Graefe (Dn.): Am allgemeinen haben die Kriegsgerichte milde und wohlwollend gerichtet. Sie dürften durch die neue Verfassung nicht beleidigt werden.

Die Geschichte zweier Städte.

Roman von Charles Dickens.

Seine Richter haben in Fieberhufen auf der Bank, oder die tollkühnste und die bestgehende Kastere waren der von übrigen noch reicheren Kapitul. Wenn er die Geldmanner und die lernende Zubehorerschaft betrachtete, hätte er meinen fänden, das die gewöhnliche Ordnung der Dinge zerstört sei, und die Verbreiter hieß die übrigen Leute zu Gericht haben. Der Mann war nicht groß und nicht groß, er hatte ein Gesicht, das die Welt von seinen nurigen, trauilichen und bosartigen Elementen li, spielte die Hauptrolle, mischte sich lärmend in die Verhandlung. Die Befehl und Tadel aus und beschleunigte das Resultat, so daß ihm jemand hemmend in den Weg trat. Von den Männern war der größte Teil auf verheiratete Weiber beschränkt, die von den Frauen trugen einige Welle, andere Dolche, einige agen und tranken, während sie zulassen, viele stritten. Unter diesen letztern befand sich eine die, während sie arbeitete, ein Stück gezeichnete Zeug in Korsett unter dem Arme hatte. Sie sah in der vorderen Reihe neben einem Manne, den er seit seiner Kindheit im Tor nicht wieder gesehen hatte, den er aber lediglich als Dummgehirn erkannte. Er bemerkte, daß sie ihm ein, oder zweimal im Jahr haterte, und daß sie seine Frau zu sein schien, aber was ihm an den beiden Gestalten am meisten auffiel, war, daß sie obgleich sie in seiner nächsten Reihe saßen, ihn niemals anblinzelten. Sie schienen mit frohger Entschlossenheit auf etwas zu warten, und ahen die Geldmanner an, aber keinen niemanden. Unter dem Vorsitzenden saß Dr. Manette in seiner gewöhnlichen übrigen Kleid. Soweit der Gefangene gegen ihn konnte, haterte er, denn, aue den zum ersten Mal gegen den Richter, die ihm gewöhnlichen Richter trugen und nicht in der Gargasse, sondern in der Gargasse. Charles Darnay, genannt Darnay, ward von den Offizieren der Gargasse in der Gargasse, die Gargasse, die den Befehl des Defretes, das alle Emigranten bei Todesstrafe verbot, der Republik zu verlassen war. Es war gleichgiltig, daß das Defret von dem Richter nicht zum Bestehen erlassen war.

hohen Wehklagenbefehlen gesteht. Darnay verheiratete Kastere hatte ihren Schilt, der noch vor ihm lag, und hatte jedes Zoll seines Weges vorbereitet. Der Präsident fragte, warum er nach Frankreich, gerade an diesem Zeitpunkt, und nicht früher, zurückgekehrt sei. „Er ist nicht eher zurückgekehrt,“ gab er zur Antwort, „einmal weil er keine andere Substanzmittel, außer den ausgegeben in Frankreich beschaffen habe; während er in England sich durch Unterzuteilen in der französischen Sprache und Literatur ernährt habe. Er sei zurückgekehrt auf die dringende und schriftliche Bitte eines französischen Bürgers, der ihm gemeldet hatte, sein Leben sei durch ein Verbrechen gefährdet. Er sei zurückgekehrt, um das Leben eines Bürgers zu retten, und auf jede persönliche Gefahr hin Zeugnis für die Wahrheit abzugeben.“ Er lies ein Verbrechen in den Augen der Republik. Der Präsident war voll der Bewunderung, und der Vorstehende schickte, um Schweigen zu erlangen, was ihm nicht gelang, denn er la jo zu sprechen, „nein“, bis er nach eigenem Willen aufhörte. Der Präsident verlangte den Namen dieses Bürgers zu wissen? Der Burgere erklärte, der Burgere sei kein übriger Zeuge. Er betrie sich auch unzufrieden auf den Brief des Bürgers, den man ihm am Lore abgenommen und den man ebenfalls unter dem von dem Vorstehenden liegenden Papieren liegen werde. Der Präsident sagte, er habe den Burgere nicht gesehen, doch er best vor und in diesem Stadium der Verhandlung wurde er vorgelegt und verlesen. Der Vorstehende tief den Burgere Gabelle aus, damit er sich zu dem Briefe bekunde, und er tat es. Burgere Gabelle deutete mit angedeuteter Hastigkeit und Schlacht an, daß er infolge des Gefangenens, unter dem das Defret infolge der großen Zahl der von ihm zu verurteilenden Fremde der Republik liege, einigemal in seinem Gefängnisse in der Zeit verfallen worden - tatsächlich fast ganz aus den patriotischen Erinnerungen des Gefangenen verfallen sei - bis man ihn nun so man ihm zuwenden, daß sie auf die Befehdung der Gefangenen, da nach ihrer Anzahl, die anfrage, weshalb sie ihm gete, durch freiwillige Stellung des Burgere Gabelle, genannt Darnay, beantwortet sei, in Freiheit gesetzt habe. (Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Die Arbeit des Nürnbergger Gewerkschafts-Kongresses.

Von H. Grigorjans.

Der Sozialismus als das Ringen um die Beilegung der sozialen Konflikte... Die Arbeit des Nürnbergger Gewerkschafts-Kongresses...

Über die Sozialisierung referierte Prof. Ullrich... Die Arbeit des Nürnbergger Gewerkschafts-Kongresses...

Die Gegenüberstellung... Die Arbeit des Nürnbergger Gewerkschafts-Kongresses...

Die Schuld am Kriege.

Ein Aufsatz über die deutsche Kriegsschuld... Von Hans von Kriesing.

In den Anfängen der Friedensverhandlungen... Die Schuld am Kriege...

Die Schuld am Kriege... Die Schuld am Kriege...

Die Schuld am Kriege... Die Schuld am Kriege...

Generalratifikation... Die Arbeit des Nürnbergger Gewerkschafts-Kongresses...

Die Arbeit des Nürnbergger Gewerkschafts-Kongresses... Die Arbeit des Nürnbergger Gewerkschafts-Kongresses...

Halle und Galtzeis.

Halle, 11. Juli 1919.

Volksstämmige Bildungsarbeit halbfreier Volkshilfsleiter.

berankert vom Sozialdemokr. Verein Halle-Galtzeis (Witte Porzell).

Am Mittwoch fand der erste Vortrag des Herrn Professor Raabold... Halle und Galtzeis...

Die Ernährungsverhältnisse in Halle.

Die letzte Sitzung der Ernährungsdeputation der Stadtverordnetenversammlung brachte allerlei interessante, wenn auch

gelfschon, mit dem er die deutsche Auslandspolitik leitete... Die Ernährungsverhältnisse in Halle...

Die Ernährungsverhältnisse in Halle... Die Ernährungsverhältnisse in Halle...

Die Ernährungsverhältnisse in Halle... Die Ernährungsverhältnisse in Halle...

alles andere als erfreuliche Aufschlüsse über die Befordrung der Stadt in der nächsten Zeit... Halle und Galtzeis...

Ein Hund Speck - 10 Mark... Halle und Galtzeis...

Die häßliche Haushaltungshilfe... Halle und Galtzeis...

Die Vermögensverhältnisse in Halle.

Die Vermögensverhältnisse in Halle... Halle und Galtzeis...

Die Vermögensverhältnisse in Halle... Die Vermögensverhältnisse in Halle...

Die Vermögensverhältnisse in Halle.

Die Vermögensverhältnisse in Halle... Halle und Galtzeis...

Die Vermögensverhältnisse in Halle... Die Vermögensverhältnisse in Halle...

Die Vermögensverhältnisse in Halle... Die Vermögensverhältnisse in Halle...

Die Vermögensverhältnisse in Halle... Die Vermögensverhältnisse in Halle...



Arbeitertage und Arbeitergedenktage des Jahres 1869

Von A. Conrady

Im Sturm und Drang der Revolution hat die deutsche Sozialdemokratie wenig Ruhe und Neigung, Gedankfeiern zu begehen. Indes kann die Partei nicht schweigend die 50jährige Wiederkehr einer Reihe von Vorgängen ihrer Entstehungsgeschichte verstreichen lassen. Nicht nur Gründe der Pietät gebieten, der Daten von 1869 nicht zu vergessen, sondern auch die Tatsache, daß für die gewaltig entfaltete Bewegung der Gegenwart doch so manche Lehre aus den im Vergleich zu heute winzigen Jugendzeiten vor einem halben Jahrhundert zu ziehen sind. Das Jahr 1869 war, was die Arbeiterbewegung angeht, kein Jahr wie viele andere, sondern von schwerwiegender Bedeutung, wie Bebel am Schluß des ersten Bandes seiner Memoiren hervorhebt, unter Hinweis darauf, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands in diesem Jahre gegründet wurde. Dies Ereignis der Parteigeschichte aber ist nur im Zusammenhang mit einer Reihe von anderen Vorgängen des gleichen Jahres zu verstehen, das die deutschen Arbeiterschaften in steigender Stärke und stürmischem Tempo auf dem Vormarsch zeigt, wobei freilich nicht zu übersehen ist eine weniger erhebbende Neigung, getrennt zu marschieren und aufeinander loszuschlagen.

Unter diesen Zwischenfällen ist nicht nur die politische, sondern auch und ganz besonders die gemerkchaftliche Bewegung, die im Vorjahr eingeleitet, sich stattdessen zu entwickeln begann. Auf der Hamburger Generalversammlung des von Lassalle begründeten Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war 1868 die Gewerkschaftsfrage angeschnitten worden, und es kam im Anschluß zu einem Arbeiterkongreß in Berlin, der zur Begründung eines zentralistischen Arbeitervereinsverbandes mit persönlicher Spitze führte. Demgegenüber boten zweifellos organisatorische Vorteile die von Bebel entworfenen Statuten für Gewerkschaften, wie sie von dem Verband deutscher Arbeitervereine ausgingen, der sich in eben diesem Jahre 1868 zu Nürnberg auf den Boden der internationalen Arbeiterassoziation gestellt hatte. Die Internationale hielt in jenem Jahre ihren Kongreß in Brüssel ab, wo Beschlüsse von ausgeprägter sozialistischem Wesen gefaßt wurden. So konnte das von Wilhelm Liebknecht redigierte „Demokratisches Wochenblatt“ im September 1868 unter Hinweis auf die Arbeitertagungen von Hamburg, Nürnberg

und Lübeck überall dieselben Bestrebungen, dieselben Ziele feststellen: „Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals, Beseitigung der Klassenherrschaft und der Lohnsklaverei, Schaffung eines auf Freiheit und Gleichberechtigung gegründeten Staates.“ Wie hier von führender Seite des Verbandes deutscher Arbeitervereine Liebereinstimmung mit dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein im Endziel anerkannt wird, so wird von einem Wortführer des letzteren in den Anfängen des Jahres 1869 die Spaltung unter den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterpartei lebhaft bedauert, die Hoffnung ausgesprochen, daß die Differenzen bald verschwinden würden, und die Ueberzeugung bekundet, daß die Zeit nicht fern sei, wo sämtliche Sozialdemokraten Deutschlands in festgeschlossenen Reihen unter einem Banner kämpften. Mit diesen verständlichen Worten bedankte sich der Lassalleaner Hasenclever bei Bebel für die finanzielle Unterstützung seiner Wahl in den Reichstag durch den Verband deutscher Arbeitervereine. Hasenclevers Einzug in die Volksvertretung des norddeutschen Bundes erfolgte im Januar 1869 gelegentlich einer Ersatzwahl im rheinischen Wahlkreise Duisburg-Mühlheim und war um so mehr ein glänzender Erfolg der Lassalleaner, als der Sieg gleich im ersten Wahlgang erfolgte, während der solange einzige Abgeordnete des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, sein Präsident von Schweiker, bei den allgemeinen Wahlen sein Mandat in Elberfeld-Barmen erst in der Stichwahl davongetragen hatte. Im März 1869 kam dann noch ein Lassalleaner, Rende, von Freiberg aus in den Reichstag, während bei verschiedenen anderen Ersatzwahlen sehr stätliche Stimmziffern erzielt wurden.

Rende bildete aber zunächst mal eine Gruppe für sich; denn er war Präsident einer Abspaltung vom allgemeinen deutschen Arbeiterverein, des sogenannten Lassalleischen allgemeinen deutschen Arbeitervereins; seine eigentliche Seele war Lassalles Freundin, die Gräfin Hasseid, die dazu neigte, den Kurs der Arbeiterbewegung ins Bismarckische Fahrwasser zu steuern. Eben dies nun wurde dem Vorstehenden des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins von seinen sozialistischen Begnern als feindlicher Verrat vorgeworfen. Man ging soweit, Schweiker geradezu als bezahlten Agenten der preussischen Regierung zu bezeichnen. Wenn aber von der einen Seite

behauptet wurde, daß Schweiker aus dem Welfenfonds gespeist würde, so blieb von der anderen Seite die nicht minder anmutige Erwiderung nicht aus, daß den Führern des Verbandes deutscher Arbeitervereine von den Welfen Geld zuströme. Diese gegenseitigen Anklagen führen nun darauf, wo die sachlichen Gründe der Fehde zu suchen sind. Sie bestehen nicht in grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in bezug auf das sozialistische Endziel, sondern in tatsächlichen Differenzen in bezug auf die Stellungnahme zu Fragen der Tagespolitik. Es handelte sich in der Hauptsache um die brennende deutsche Frage. Da war von Bismarck durch den Bruderkrieg von 1866 und die Begründung des Norddeutschen Bundes eine Lösung im kleindeutschen Sinne angebahnt, die von keinem wirklichen Demokraten als Erfüllung des Ideals deutscher Freiheit und Einheit angesehen werden konnte, weil sowohl die Freiheit unter dem überwiegenden Einfluß des Preukentums außerordentlich zu wünschen übrig lassen mußte, als auch die Einheit bei dem Fortbestand zahlreicher Dynastengeschlechter und dem Ausschluß der Deutschösterreicher höchst unvollkommen blieb. Immerhin ließ sich nicht leugnen, daß auch diese mangelhafte Lösung der deutschen Frage doch einen großen geschichtlichen Fortschritt für die Nation darstellte, und es kam darauf an, ob beim gegebenen Verhältnis der politischen Kräfte eine baldige Erlösung dieser Lösung durch eine befriedigendere denkbar war. Schweiker und seine Freunde glaubten daran nicht, sondern sahen sich geboten an, sich auf den Boden der vollendeten Tatsache zu stellen und in dem neuen Rahmen die Interessen der Arbeiter mit aller Energie zur Geltung zu bringen.

Demgegenüber waren Liebknecht und Bebel der Meinung, daß das Werk der Bismarckischen Politik bloß eine ganz vorübergehende Erscheinung sei und in Bälde durch den Sieg der großdeutschen-demokratischen Ideen ungeheben gemacht werden könne. Sonach waren sie für die bloße Verneinung der Bismarckischen Politik, für die prinzipielle Verweigerung jeder Mitarbeit an der Schöpfung des Norddeutschen Bundes, dagegen für Handinhandgehen mit seinen demokratischen Gegnern. So erklärte sich, daß sie vorerst durch ihre Zugehörigkeit zur Sächsischen Volkspartei auch noch in Verbindung standen mit der Deutschen Volkspartei, von der jene ein Abieger war, und die Deutsche Volkspartei war zwar ein



bürgerlich-demokratisches Gebilde, hatte aber durch ihre großdeutschen Tendenzen überhand parlamentarische und reaktionäre Konnotationen. Es läßt sich auch nicht in Abrede stellen, daß Liebknecht im Jahre 1869 mitunter sehr erheblich entgleiste, indem er nicht nur berechtigten Sympathien für die österreichischen Deutschen Ausdruck verlieh, sondern sehr anfechtbaren für die österreichische Regierung. Das lieferte nun Wortführern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Stoff zu heftigen Angriffen auf die Politik des „Demokratischen Wochenblatts“, während dieses in den ersten Monaten des Jahres 1869 den Kampf gegen Schweitzer nach Bebel's Ausdruck mit dem schwersten Geschick fortsetzte. Es kann nicht geleugnet werden, daß auch Schweitzer gelegentlich die Feder oder die Zunge ausgeleitet war zu mißverständlichen Äußerungen, die als Scheinbeweise für die Beachtung dienen konnten, daß er an Bebel verkauft sei.

Im Februar 1869 kam es nun zwischen den beiden streitenden Gruppen zu einer Vereinbarung, daß Liebknecht und Bebel Gelegenheit haben sollten, ihre Anklagen gegen Schweitzer auf der bevorstehenden Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Elberfeld zu substantiieren. Diese Tagung fand am 28. März und in den nächstfolgenden Tagen statt. Bemerkenswert ist der von der Versammlung angenommene Antrag Schweizers auf Auflösung des Vereins an die Internationale; er wollte der Internationale der Reaktion und des Kapitals die Internationale des Proletariats entgegenstellen. Liebknecht und Bebel brachten ihr Material gegen den Präsidenten vor, erzielten aber keinen Eindruck auf die Versammlung, und das beantragte Vertrauensvotum für Schweitzer wäre zweifellos so gut wie einstimmig angenommen worden, wenn er nicht selbst durch unzeitiges diktatorisches Auftreten bewirkt hätte, daß eine nennenswerte Minderheit dagegen stimmte, und eben daraus erklärte sich auch zum Teil die weiterhin beschlossene Demokratisierung der Organisation, die bisher im wesentlichen auf die Präsidialdiktatur zugeschnitten gewesen war. Unverkennbar waren im Verein selbst Möglichkeiten innerer Zerwürfnisse gegeben. Der Kampf nach außen ließ zunächst nach. Beide Richtungen der sozialdemokratischen Bewegung kamen Mitte April überein, sich aneinander nicht mehr anzufinden. Nach Lage der Dinge konnte es sich aber nur um eine vorübergehende Waffenruhe handeln. Der Gegenfall brach schon bald wieder auf, zunächst wegen der Unvereinbarkeit des Verhaltens beider Richtungen zur parlamentarischen Tätigkeit.

Der Norddeutsche Reichstag hatte in diesem Frühjahr ein für die Arbeiterchaft außerordentlich wichtiges Gesetz zu beraten, nämlich den Entwurf einer Gewerbeordnung. Schon bei der ersten Lesung hielt Schweitzer am 17. März 1869 eine ausgezeichnete Rede, in der er zunächst die Grundbegriffe des Sozialismus an der Hand von Marx' „Kapital“ sichtlich entwickelte, zum ersten Male in Deutschland auf der Tribüne eines gesetzgebenden Körpers, wie er mit Genugthuung betonte. Im weiteren Verlauf seiner Rede kehrte er sich zu den Fragen der Gewerbeordnung, sprach für Koalitionsfreiheit, Fabrikgesetzgebung, Statistik der Arbeiterverhältnisse und bekannte sich zu dem Wunsch einer ruhigen und friedlichen Entwicklung zum Sozialismus, wenn er auch nicht verhehle, daß er einen anderen Verlauf der Dinge für sehr wahrscheinlich halte. Was die Stellung zu den Parteien anging, so erklärte er die Arbeiter einerseits für abgeneigt, der liberalen Bourgeoisie die Kassen aus dem Feuer zu holen gegen die reaktionäre Staatsgewalt, andererseits aber auch nicht gesonnen, sich von der reaktionären Staatsgewalt gegen die Bour-

geoisie hehen zu lassen, sondern gewillt, auf ihrem eigenen Boden festzustehen. Er ließ aber auch keinen Zweifel bestehen, daß seine Richtung bei den Fragen der Gewerbeordnung — Gewerbefreiheit, Freizügigkeit usw. mit der linken Seite des Hauses stimmen werde, weil sie Fortentwicklung der ökonomischen Verhältnisse vertrete. Das alles ist einwandfrei, und man versteht auch Schweizers Freude darüber, daß die Vorlage das Koalitionsrecht der Arbeiter gesetzlich festlegte. Das war eben einer der großen Fortschritte, die vor einem halben Jahrhundert unteugbar gemacht wurden und offene Anerkennung verdienten, wenn auch sehr Erhebliches zu wünschen übrig blieb, die einschlägigen Bestimmungen nicht frei von Fallstricken waren. Immerhin wurde, wie Schweitzer es ausdrückt, ein fester, gesetzlicher Rechtsboden für alle Gewerkschaften geschaffen, die freilich leihthin schon möglich gewesen waren bei einer vernünftigen Praxis der meisten Behörden, aber bislang doch von der Gnade der Polizei lebten. Daß sie eine tragsfähige Unterlage bekamen, war um so nötiger, als eben jetzt für ihre Entwicklung und Betätigung die Umstände dergestalt günstig wurden, daß die Unternehmer dadurch zur heftigsten Abwehr angetrieben werden mußten. Seit dem Frühjahr 1869 setzten nämlich an zahlreichen Stellen in Deutschland Streiks ein, von Zahlenverhältnissen und von einer Nachhaltigkeit, wie sie bis dahin noch nicht gesehen worden waren. Berlin erlebte im Frühling eine große und erfolgreiche Bewegung der Arbeiter, während in Hamburg viel von sich reden machte der hartnäckige Ausstand der Arbeiter aus der Lauensteinischen Wagenschifferei, der sich vom Sommer bis in den Herbst hineinzog. Die Gewerkschaftsbewegung entwickelte sich unter diesen Umständen recht kräftig, und die Jahresversammlung der Allgemeinen deutschen Arbeiterverein anangescherten Arbeiterchaften, die am 22. Mai in Cassel zusammentrat, wurde eine sehr stattliche Heerschaube über circa 50 000 Mitglieder der Lassalle'schen Gewerkschaftsorganisationen.

Dieser Aufschwung aber hatte zur Voraussetzung das Koalitionsrecht, wie es gleich anderen Fortschritten aus den Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags hervorgegangen war, unter tätiger Mitwirkung nicht nur des Lassalleaner Schweitzer, sondern auch des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitervereine, August Bebel. So bleibt ziemlich schwer zu verstehen der Standpunkt des reinen Antiparlamentarismus, den am letzten Tage des Monats Mai in einer Berliner Versammlungsrede Liebknecht einnahm. In diesem seinem Vortrag über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit bezug auf den Reichstag, der, als Broschüre gedruckt, lange nachgewirkt hat, bezeichnete Liebknecht den Kampf im Reichstag als einen bloßen Scheinkampf, als eine bloße Komödie. Den Sozialismus erklärte er für eine Machtfrage, die in keinem Parlament, sondern nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld zu lösen sei. Alles Reden im Parlament erschien ihm als zwecklos und zweckloses Reden als ein Vergnügen für Loren. Von einem Versuch, die Gesetzgebung durch „Parlamenten“ zu beeinflussen, wollte er nichts wissen, sondern erblickte darin Kurzsichtigkeit und Verrat. Das ging auf Schweitzer, dessen „große Rede“ er ausdrücklich anzog, aber es traf auch seinen engeren Freund Bebel, der sich gleich Schweitzer eifrig an den Beratungen der Gewerbeordnung beteiligt hatte und dabei auch völlig im Sinne von Marx und Engels handelte; Engels hatte im Vorjahr im „Demokratischen Wochenblatt“ nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei Beratung der Gewerbeinteressen alle Hebel in Bewegung zu setzen, um möglichst viel für die Interessen der Arbeiterklasse durchzu-

setzen. So gab es denn auch zwischen Liebknecht und Bebel wegen der Stellungnahme zum „Parlamenten“ Differenzen, bei deren Erlebigung der damalige Antiparlamentarismus Liebknechts zunächst nicht in dem Maße beiseite geschoben wurde, wie es wünschenswert gewesen wäre. Auf dem Stuttgarter Kongress der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1870 legten Liebknecht und Bebel eine Resolution vor, die aus einem Kompromiß zwischen ihren Anschauungen hervorgegangen war, aber den Einfluß der Liebknecht'schen Ideen deutlich zeigt. Danach beteiligte sich die Partei an den Wahlen lediglich aus agitatorischen Gründen. Ihre Vertreter sollten im Reichstag soweit wie möglich im Interesse der Arbeiterklasse wirken, im ganzen aber sich regierend verhalten und bei jeder Gelegenheit die Verhandlungen als nichtiges Komödientenspiel entlarven. Diese Resolution erklärte ein Delegierter aus Barmen für inkonsequent und beantragte, die Nichtbeteiligung an den Wahlen auszusprechen. Dies wurde abgelehnt und die Resolution angenommen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß die Folgerichtigkeit auf Seiten jenes Wuppertalers war. Soweit ging freilich auch Liebknecht nicht. Aber seine Attitude auf das „Parlamenten“ ging deshalb doch weit über alles Maß hinaus.

Wenn sie nun auch faktisch Bebel mittraf, so war doch direkt hingewiesen nur auf Schweitzer, von dessen „nationalliberalen Sozialismus“ Liebknecht nur mit Verachtung sprach. Somit konnte Schweitzer den Burgfrieden wohl als gebrochen ansehen. Im gleichen Sinne faßte er Vorgänge der nächsten Wochen auf, die sich auf einer thüringischen Agitationstour Bebel's abspielten. Da sprach Bebel nicht allein vor Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins im Sinne der Einigung der sozialdemokratischen Fraktionen, sondern hielt auch eine Schlusskonferenz in Eisenach ab, an der neben Mitgliedern beider sozialistischen Gruppen auch solche der demokratischen Partei teilnahmen und eine Resolution annahmen, die nicht nur Beilegung der Spaltung der Arbeiterpartei forderte, sondern auch ihre Einigung mit der gesamten Demokratischen Partei. Dies hätte nach Schweizers Auffassung sozial bedeutet, wie den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein in den Dienst bürgerlicher Zwecke stellen. Wenn man es ihm also schließlich nicht verübeln kann, daß er für eine solche Einigung wenig übrig hatte, so unternahm er dafür selber eine, die auch ihren Zweck verfehlen mußte. Es kam nämlich zu einer Verständigung mit der Gruppe Weidenhatsfeld im Sinne einer Wiederherstellung der Einheit der Lassalle'schen Partei auf Grund des ursprünglichen Statuts des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Am 18. Juni gab der „Sozialdemokrat“ bekannt, daß bis zum 22. eine Urabstimmung der Vereinsmitglieder über einen Wiedervereinigungsschlus mit den abgeplitterten Lassalleanern auf dieser Grundlage stattfinden solle. Dieser Schritt Schweizers lief nun aber darauf hinaus, die in Eisenach beschlossene Demokratisierung der Organisation rückgängig zu machen und die alte Präsidialdiktatur wiederanzurichten.

Dies sahen seine Gegner im Verein als eigentlichen Zweck der ganzen Aktion an. Ihre Antwort bestand darin, daß sie offen die Fohne der Rebellion gegen den Präsidenten erhoben. Sie setzten sich mit Bebel und Liebknecht in Verbindung, und als Ergebnis einer Zusammenkunft in Magdeburg am 22. Juni 1869 erfolgte ein Aufruf an die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, unterzeichnet von einer Anzahl bekannter Lassalleaner, darunter Bracke und York. Das Dokument greift die Methoden Schweizers aufs schärfste an. Bel seinen Urhebern ist durch den Schweitzer'schen „Staatsstreich im Kleinen“

der Argwohn zur Gewißheit geworden, daß er den Verein lediglich zur Befriedigung seines Ehrgeizes benutzte und zum Werkzeug einer arbeitgeberfeindlichen, reaktionären Politik machen will. Somit hätte er nicht die Einigung eines Teils, sondern der Gesamtheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutschlands suchen müssen. Diese Einigung der Gesamtheit auch auf gewerkschaftlichem Gebiet herbeizuführen erklärten die Unterzeichner des Aufrufs als ihr Ziel, und sie wollen zu diesem Zweck in Kürze einen allgemeinsten Kongreß der gesamten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands berufen, auf welchem der Grund einer wirklich demokratischen Organisation der Partei im Anschluß an die internationale Bewegung gelegt werden soll. Wertwürdig ist nun, daß sie mit der Ausgabe der Lösung: Einigung der gesamten Partei zugleich ihren Austritt aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein erklären. Hiermit hätte der Erreichung jenes Zweckes bloß gedient sein können, wenn die Masse der Vereinsmitglieder dem Beispiel gefolgt wäre. Davon war aber gar keine Rede, vielmehr blieb die übergroße Mehrzahl bei der alten Fahne. Immerhin konnte das „Demokratische Wochenblatt“ in erheblichem Maße Abzügen an Schweitzer veröffentlichen; auch verschiedene Gewerkschaftsführer sagten sich los. Die begonnene Aktion nahm also ihren Fortgang, und am 17. April brachte das „Demokratische Wochenblatt“ einen Aufruf, der von 66 ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, 114 Mitgliedern des Verbandes deutscher Arbeitervereine unterzeichnet war und noch eine Reihe anderer Unterschriften trug. Es war die Einladung zur Beschickung eines Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses, der in Eisenach vom 7. bis 9. August stattfinden sollte. Als sein Ziel war die Einigung auf Grund einer gemeinsamen Organisation und eines gemeinsamen Programms bezeichnet.

Dieses Ziel konnte, wie die Verhältnisse lagen, schon deshalb nicht erreicht werden, weil es angestrebt wurde im Zusammengehen mit der ausgetretenen Minderheit des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, dessen zurückgebliebene Mehrheit also naturgemäß durch die ganze Aktion bloß darin bestärkt wurde, erst recht an ihrer Organisation festzuhalten. Für diese zu demonstrieren war denn auch der einzige Zweck, den der Allgemeine deutsche Arbeiterverein damit verfolgte, daß er den Eisenacher Kongreß auch beschickte. Es kam zu einer einzigen gemeinsamen Sitzung, die schon bei der Bureauwahl die ärgsten Ekandallenen zeitigte.

Wie Bebel erzählte, waren die Flaschen, in deren Hälften die Stearinlichter auf dem Bureauisch steckten, in beständiger Gefahr, umzufallen und mußten mit den Händen gehalten werden. Bei immer härterer Zunahme des Tumultes schloß zuletzt Bebel als Vorsichtiger den Kongreß und kündigte einen neuen für den nächsten Vormittag an, an dem nur Delegierte mit gelben Legitimationskarten teilnehmen sollten. Es war schon vorher auf Bebels Vorschlag von den Verantwortlichen des Kongresses vereinbart

Kongress mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten und den vollen Arbeitern für jeden Arbeiter, durch großindustrielle Arbeit, unter Abschaffung der bisherigen Produktionsweise, entsteht auch eine Reihe von nächsten Forderungen und erklärte die politische Freiheit für die unabwehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen, die soziale Frage für untrennbar von der politischen, ihre Lösung für nur möglich im demokratischen Staat. Demgemäß erklärten unter den nächsten Forderungen an erster Stelle das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, gleichen



Walther Georgi: Heuernte

(Verfeinerung aus dem Kalender: „Kunst und Leben“ Verlag Fritz Döber, Berlin-Schöneberg)

worden, daß im Fall einer bloßen Spaltung so verfahren werden sollte. Am 7. waren rote Ausweise ausgegeben worden, die gelben wurden den Lassalleern vorbehalten, so daß diese ausgeschlossen waren und dann nur noch für sich sagten zu einer Rundgebung für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Soweit also der Eisenacher Kongreß dem Zweck dienen sollte, die deutsche Arbeiterbewegung zu einigen, war er ein völliger Fehlschlag, ja, ins Gegenteil umgeschlagen, insofern er die Spaltung erst recht festlegend machte. Aber er bekam doch historische Bedeutung, indem in den nächsten Tagen von den auf dem Eisenacher Kongreß Zurückgebliebenen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei begründet wurde, mit einer demokratischen Organisation und einem Programm, das Bebel entworfen hatte. Es bezeichnete als Endziel den freien

im November 1899 eine sehr erfolgreiche Agitationstour nach Süddeutschland unternahm. Es schloß sich daran noch eine Zeitungsdiskussion, aus der Bebels erste Schrift: „Unsere Ziele“ hervorging, die auch an ihrem Teil hat, daß die „Eisenacher“ keine bürgerliche Partei waren. Ebenjowenig aber konnten Unbeteiligte im Zweifel sein, daß die Lassalleer keine Reaktionäre waren. Daran bestand kein Zweifel, daß beide Parteien, als die sechziger Jahre zu Ende gingen, auch sehr, mitunter sogar handgreiflich, und auch die Gewerkschaftsbewegung ist schwer unter dem Zwiespalt. Die Herkennung der Einheit war erst möglich, wenn die stärkste Wurzel der Gegenseite, die nationale Frage, auf absehbare Zeit erledigt war; das aber geschah erst in den siebziger Jahren, und dann kam auch die Einigung der sozialistischen Arbeiterpartei.

Wehe den Besiegten. Bei den politischen Vorgängen der letzten Zeit wurde man öfters an das alte Wort erinnert: Wehe den Besiegten, oder, wie es im lateinischen Original gewöhnlich zitiert wird, *Vae victis*. Diese sprichwörtliche Wendung geht auf den Bericht zurück, den der römische Geschichtsschreiber Livius von den Vorgängen gibt, die zum gallischen Brande Roms führten und auf ihn folgten. Das war 389 vor Christo, als die Römer von den keltischen Barbaren an der Alma vernichtend geschlagen wurden und demnächst Rom mit Ausnahme des Kapitols in die Hände der Gallier fiel, um von ihnen ausgeplündert und niedergebrannt zu werden. Das Kapitol mit seinen Schätzen wurde von seiner Befestigung hartnäckig verteidigt. Da sie aber vergeblich auf Entzug von den römischen Scharen wartete, die sich draußen im Lande gesammelt hatten, wurde die Not schließlich so groß, daß man mit den Gallier einen Vertrag einging, wonach diese gegen Empfang von tausend Pfund Gold abziehen sollten. Als diese Summe nun zu entrichten war, spielte sich nach Livius' Bericht die Szene ab, bei der das viel zitierte Wort fiel. Als das Gold nämlich abgewogen werden sollte, brachten die Gallier falsche Gewichte herbei. Die Römer erhoben dagegen Einwendungen; aber nun warf der übermächtige Gallierfürst Brennus obendrein noch sein Schwert zu den Gewichten und ließ dazu die Worte vernehmen: *Vae victis, Wehe den Besiegten*. Auf diesen Vorgang spielt Schiller in seinem Gedicht: „Der Antritt des neuen Jahrhunderts“ an, wo er von dem Kampfe um die Welt Herrschaft spricht und die Engländer und Franzosen führten:

Gott muß ihnen jede Landschaft wägen,
Und wie Brennus in der hohen Zeit,
Wirft der Franke seinen eh'nen Degen
In die Schale der Berechtigtheit.

Bei Livius aber ist die Sache mit der Brutalität des Brennus noch nicht abgeschlossen, sondern er läßt nun plötzlich als rettenden Engel den langersehnten römischen Feldherrn Camillus mit einer Heerschar auf der Bildfläche erscheinen und den Befehl erteilen, das Gold beiseite zu tun, mit Eisen erkaufe der Römer sein Vaterland, worauf sich ein Straßenkampf entspannt, in dem die Gallier den kürzeren zogen und zur Räumung Roms gezwungen wurden, um auf dem Rückzug erneut und diesmal vernichtend aufs Haupt geschlagen zu werden. Das ist nun zweifellos eine dichterische Ausschmückung der für den römischen Stolz peinlichen Tatsache, daß der Bestand Roms von den gallischen Barbaren erkaufte worden war. Daß der Handel perfekt geworden und die Ketten mit ihrem Raub unbehelligt abzogen, geht zur Evidenz aus dem weit älteren griechischen Geschichtsschreiber Polybios hervor, der mit dürren Worten feststellt, daß die Gallier zu Unterhandlungen geneigt waren, weil ihnen ein drohender Einfall der Veneter in ihre eigern Wohnsitze den Wunsch nahelegte, heimwärts zu ziehen, was sie denn auch samt ihrem Besitztum unbehelligt bewerkstelligten. Die andere Version freilich, daß Camillus den Handel umgestoßen und die Gallier aufs Haupt geschlagen, erscheint, um viele Einzelheiten vermehrt, auch in der Camillusbiographie des griechischen Geschichtsschreiber Plutarch, der aber in der

Hauptfache Livius benützt und ausschmückt und somit das Zeugnis des Polybios nicht entkräften kann. In der breiten Erzählung von dem gallischen Einfall, die Plutarch gibt, findet sich aber an anderer Stelle noch ein merkwürdiger Beitrag zu dem *Vae victis*-Thema. Das ist bei der Vorgeschichte des ersten kriegerischen Zusammenstoßes von Römern und Galliern. Der Konflikt erfolgte dadurch, daß die Gallier gegen die etruskische Stadt Clusium zogen und deren Einwohner die Römer zu Hilfe riefen. Die Römer schickten Gesandte, die sich nicht auf eine diplomatische Intervention beschränkten, sondern persönlich am Kampfe mit den Galliern teilnahmen und dadurch deren Vormarsch gegen Rom hervorriefen. Plutarch gibt nun einen Bericht über die

Vater dieser Ausführungen über das Recht des Stärkeren und den Kampf ums Dasein sein sollte, so wären sie immer schon über achtzehnhundert Jahre alt, und sie klingen doch so überaus modern. Das *Vae victis* aber wird Brennus wohl wirklich ausgesprochen haben. Der gallische Volksstamm, dessen Führer er damals war, die Senonen, hat übrigens die Zweifelsdeutigkeit dieses Grundsatzes später an eigenen Leiden fühlen müssen. Die Senonen saßen bis ungefähr hundert Jahre nach dem gallischen Brande in Oberitalien, da wurden sie, nachdem ihnen die Römer schon öfters übel mitgespielt, von diesen ohne Gnade ausgerottet, so daß keine Spur von ihnen übrig blieb. Der römische Geschichtsschreiber Florus findet das ganz richtig, daß man keinen von dem Geschlecht übriglassen, der sich hätte rühmen können, daß von ihnen die Stadt Rom in Brand gesteckt worden. Das war denn wieder der ewige Grundsatz: Wehe den Besiegten.

Zwei vergessene Heilkräuter sind die Schaagarbe und die wohlriechende Schlüsselblume. Beide Pflanzen sind in der deutschen Flora weitverbreitet und auch allgemein bekannt. Die wohlriechende Primel darf nur nicht verwechselt werden mit der ziemlich ähnlichen, aber nicht duftenden hohen Primel. Von der Schaagarbe wird das Kraut vor der Blüte geerntet und getrocknet und dann in Verbindung mit echter Kamille oder echtem Dost zu Tee verwendet. Die Schaagarbenblüten mit Pfefferminze vermischt geben bei reichlicher Zuderverwendung einen schmackhaften Tee, den manche Leute dem schwarzen Tee vorziehen. Die getrockneten Primelblumen geben einen nervenstärkenden Tee, der auch bei Schwindelanfällen und Nierenkrankheiten als Heilmittel ehemal recht geschätzt war.

Der Frühling glänzt . . .

Der Frühling glänzt — ihn stört nicht Not und Qual:
Aus tausend Blütenaugen grüßt ein Lächeln,
Die Linden Lüfte schaukeln sich und säckeln
Ein warmes Zittern in den Sonnenstrahl . . .

Geht wirklich immer noch das Grauen um,
Und wollen Haß und Rachsucht noch nicht sterben?
Der Geist der Liebe ringt mit dem Verderben
Und Menschen schauen unbewegt und stumm
Dem Kampfe zu. Soll denn der Jammer nicht
Ein Ende nehmen, der mit blutigen Krallen
Das Herz der Menschheit fehenweil' zerreißt?
Der Frühling glänzt. Die Erde strahlt im Licht.
Die Bäume blühen. Und Vogellieder schallen.
Wär doch die Welt erfüllt mit Friedensgeist!

vorangegangenen Verhandlungen zwischen den römischen Gesandten und den Galliern. Danach erteilte jenen auf ihre Frage, was den Galliern die Clusiner denn eigentlich zu Leide getan, der König Brennus lachend die Antwort: „Die Clusiner tun uns dadurch Unrecht, daß sie nur wenig Land bebauen können, aber doch eine große Flur besitzen wollen und uns als armen und zahlreichen Fremdlingen nichts davon mitteilen. Ein ähnliches Unrecht haben auch, ihr Römer, in älteren Zeiten die Albaner, Fidenaten, Ardeaten zugefügt und jetzt noch die Vejenter, Capenaten, ein großer Teil der Falisker und Volsker. Gegen diese Völker zieht ihr, wenn sie ihre Güter nicht mit euch teilen wollen, zu Felde, macht sie zu Sklaven, plündert sie aus und zerstört ihre Städte. Daran tut ihr auch nichts Böses oder Ungerechtes, sondern ihr folgt dem ältesten unter allen Gelehen, welches die Güter der Schwächeren dem Stärkeren erteilt, und das von einem Gott an bis auf die Tiere herabgeht. Denn auch bei diesen liegt es in der Natur, daß die Stärkeren immer die Schwächeren zu unterdrücken suchen. Hört also ja auf, mit den belagerten Clusinern Mitleid zu haben, damit ihr die Gallier nicht belehrt, sich der von euch Römern unterdrückten Völker mitleidig anzunehmen.“ Diese bemerkenswerte Rede ist offenbar aus den gleichen Grundfragen geboren, denen das *Vae victis* entspringt ist. Man kann natürlich starke Zweifel hegen, ob der Barbarenherrscher Brennus solcher philosophischen Ausführungen fähig gewesen, wie Plutarch sie ihm in den Mund legt. Aber auch wenn Plutarch selber der

Rätsel-Aufgaben

Randrätsel.

Die nebenstehenden Buchstaben ordne man so um, daß die einzelnen Reiben nennen: 1. Buchstabe. G H I I L L L M 2. Währungsfigur. 3. Serenade Eigenart. 4. Erzählung. 5. Landwirtschaftliche Betätigung. 6. Sitzgelegenheit. 7. Weinbauart. 8. Spielart. 9. Buchstabe. Stud die Worte richtig gefunden, so nennen die Randbuchstaben ein beliebiges Festvergnügen.

Silberrätsel.

Aus den Silben a a am bel bat dan dis e e ei ea ee ee i tar ti te me med mer ne nu na phi ra re re ri ra sel se te tou zer zibe ma 14 Worte folgender Bedeutung: 1. Indische Rasse. 2. Räumername. 3. Bildliche Person. 4. Südbsee-Inselgruppe. 5. Beson der griechischen Mythologie. 6. Gefäß. 7. Produkt einer Pflanze. 8. Englischer Staatsmann. 9. Vogel. 10. Jaltinischer Dichter. 11. Figur aus Goethes „Faust“. 12. Gefäßart. 13. Stein. 14. Familienname. Sind die Worte richtig gefunden, so nennen die Anfangs- und Endbuchstaben, abwechselnd gelesen, ein parteipolitisches Ereignis.

Auflösung des Silberrätsels.

Jerment — Reiter — Waack — Ema — Souner — Vites — Jofalts — Rimrod — Gerdor — Sabara — Zergentels — Anfang: F r a h t i n g s t a g a n d e r F a h r t.

Alle Schachendungen sind zu rücken an H. Dehlig's Lager, Berlin N., Hochländer Str. 10.

Verbot des Inhalts: Verantwortl. Redakteur L. S. Simonson-Weisen, Berlin. (Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind zu richten nach: Berlin, Lindenstr. 17) Verlags- und Druckerei: Verlags- und Druckerei L. S. Simonson-Weisen, Berlin. Druck: Verlags- und Druckerei L. S. Simonson-Weisen, Berlin. Verlags- und Druckerei: Verlags- und Druckerei L. S. Simonson-Weisen, Berlin. Verlags- und Druckerei: Verlags- und Druckerei L. S. Simonson-Weisen, Berlin.